

Dokumentation des Netzwerktreffens

„Launch der Website & Expansion der Subunternehmen“, 04.12.2025, 14:00 bis 17:00 Uhr

Um Rider:innen von Zweirad-Lieferdiensten über ihre Arbeitsrechte sowie passende Unterstützungs- und Beratungsangebote zu informieren, wurde im Rahmen der Projektarbeit die bereits bestehende Website www.nogo.berlin **weiterentwickelt und ergänzt**. Während die Website www.nogo.berlin grundlegende arbeitsrechtliche Fragen beantwortet und Informationen über Gewerkschaften und Beratungsangebote bereitstellt, werden nun auch Themen aufgegriffen, die speziell auf die Bedürfnisse der Lieferkurier:innen zugeschnitten sind. Erarbeitet wurden die riderspezifischen Inhalte auf Basis eines Workshops sowie zahlreicher Gespräche mit Rider:innen, Betriebsrät:innen, Gewerkschaftsvertreter:innen, dem Berliner Beratungszentrum für Migration und Gute Arbeit, der Berufsgenossenschaft, dem Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit Berlin sowie weiteren Expert:innen und Stakeholder:innen. Im **ersten Teil des Netzwerktreffens wurde die Website präsentiert** und über eine **nachhaltige Bekanntmachung** diskutiert.

Im **zweiten Teil des Treffens wurden die Herausforderungen, die Probleme und mögliche Maßnahmen** im Zusammenhang mit dem in der Branche **zunehmend verbreiteten Einsatz von Subunternehmen diskutiert**. Gerade Restaurant-Lieferdienste beschäftigen ihre Fahrer:innen immer seltener direkt, sondern setzen vermehrt Subunternehmen ein. Berichte von Rider:innen sowie Recherchen zeigen, dass es dabei häufig zu ausbeuterischen Arbeitsbedingungen und weitreichenden, nicht dokumentierten Beschäftigungsverhältnissen kommt. Erzählt wird u. a. von Mindestlohnverstößen, „Eintrittsgebühren“ für die Arbeitsaufnahme als Rider:in sowie von Fällen ausbleibender Lohnzahlungen.

Bereits im Oktober 2024 war in einem Werkstattgespräch im Rahmen des Projekts Joboption Berlin diskutiert worden, ob angesichts der oft undurchsichtigen und teils kriminellen Subunternehmerstrukturen ein Direktanstellungsgebot auch für Restaurant- und Lebensmittellieferdienste sinnvoll ist. Debattiert wurde dies vor dem Hintergrund der Novellierungen des Gesetzes zur Sicherung von Arbeitnehmerrechten in der Fleischwirtschaft und des Arbeitsschutzkontrollgesetzes sowie eines Gutachtens zum Direktanstellungsgebot für Paketzusteller:innen von 2023.

Bei diesem Netzwerktreffen wurde **die Diskussion über die Maßnahme des Direktanstellungsgebots nun vertieft**. Zudem wurde der Blick auf eine mögliche Anwendbarkeit des Postgesetzes für Rider:innen und die Einführung der EU-Richtlinie zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Plattformarbeit in nationales Recht gerichtet.

Teil 1: Präsentation der riderspezifischen Website

Annekathrin Müller aus dem Projekt Joboption Berlin stellte die weiterentwickelte Website mit ihren neun zusätzlichen Kategorien vor: „Wer ist mein Boss?“, „Unfall?“, „Schichtplanung“, „Konto gesperrt?“, „Visum“, „Studium“, „Wohnen“, „Zoll / Kontrolle“ sowie „Arbeitsrechte“. Dabei führt die letzte Kategorie „Arbeitsrechte“ auf die bereits bestehende NoGo-Website, die arbeitsrechtliche

Das Projekt „Joboption Berlin“ wird gefördert aus Mitteln der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung.

Themen ausführlich behandelt. Für die Bekanntmachung und Verbreitung der Website wurden im Projekt Joboption Berlin zudem digitale Sticker entwickelt. Darüber hinaus soll zum Zweck der Verbreitung mit zentralen Akteur:innen und Stakeholdern zusammengearbeitet werden, wie Rider:innen, Betriebsräte, Beratungsstellen wie das Beratungszentrum für Migration und Gute Arbeit und weitere Projektpartner:innen.

Feedback:

- viele Teilnehmende begrüßten die Weiterentwicklung der Website www.nogo.berlin; Betriebsräte hielten die Website für ein sinnvolles Instrument, um Rider:innen zu informieren
- die Kategorie „Arbeitsrechte“ sei möglicherweise zu abstrakt; Begriffe wie Lohn oder Kündigung sollten sichtbarer werden
- Mehrsprachigkeit sei essenziell, neben Englisch wurden Hindi und Arabisch genannt
- für die digitalen Sticker wurde eine mehrsprachige Übersetzung empfohlen
- physische Flyer seien weiterhin ein wichtiges Mittel der Ansprache
- viele Rider:innen sorgen sich, dass Beratung oder Beschwerden ihren Aufenthaltsstatus gefährden könnten; dieser Angst müsse begegnet werden

Teil 2: Expansion der Subunternehmen – Direktanstellungsgebot, Postgesetz, EU-Plattformrichtlinie

Zum Auftakt gab Annekathrin Müller von Joboption Berlin einen Überblick über den zunehmenden Einsatz von Subunternehmen in der Restaurantlieferdienstbranche. Im vorangegangenen Workshop war in diesem Zusammenhang bereits ein Direktanstellungsgebot diskutiert worden. Zudem wurde die Frage gestellt, warum Lieferdienstfahrer:innen nicht als Kurier:innen im Sinne des Postgesetzes gelten.

Für die anschließende Diskussion wurden die folgenden zwei Leitfragen formuliert:

- Welche Maßnahmen sind angesichts des flächendeckenden Subunternehmeneinsatzes notwendig, um gute Arbeitsbedingungen sicherzustellen?
- Was lässt sich aus bisherigen Erfahrungen lernen, um die Umsetzbarkeit möglicher Maßnahmen zu verbessern?

Perspektive der Gewerkschaft ver.di

Ronny Keller berichtete in Form eines **Kurzinputs über die Paketbranche**. Seit der Covid-19-Pandemie sei es zu einem deutlichen Anstieg des Paketaufkommens und zu massiven Arbeitsbelastungen gekommen. Die „letzte Meile“ sei dabei der teuerste Teil der Lieferkette, weshalb viele Unternehmen hier auf Subunternehmen zurückgreifen würden. Unter den Arbeitnehmer:innen seien dabei Vereinzelung, Sprachbarrieren und unsichere Aufenthaltsstatus weit verbreitet, was eine kollektive Interessenvertretung erschwere. Ein gesetzliches Eingreifen sei vor diesem Hintergrund dringend notwendig. Bisher sei eine Gewichtsbegrenzung für Pakete umgesetzt worden, andere Forderungen – wie ein

Das Projekt „Joboption Berlin“ wird gefördert aus Mitteln der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung.

Subunternehmensverbot oder ein stärkerer Kontrolldruck – seien am Widerstand einzelner Regierungsparteien gescheitert. Dennoch gebe es inzwischen ein wachsendes Problembewusstsein, etwa im Bundesrat.

Perspektive des Betriebsrats von Lieferando

Moritz Wiederänders vom Betriebsrat Lieferando berichtete in einem weiteren **Kurzinput von kriminellen Strukturen bei Subunternehmen**, die oft **von mehrfacher Ausbeutung** (Arbeits-, Wohn- und Aufenthaltssituation) begleitet würden. Dies beginne zum Teil bereits vor der Ankunft in Deutschland. Die damit einhergehenden Probleme für die Arbeitnehmer:innen versteht er dabei als ein gesamtgesellschaftliches Problem.

Der **Betriebsrat hielt ein Direktanstellungsgebot für den sinnvollsten Ansatz**. Allerdings solle man auch nicht die Anwendbarkeit des Postgesetzes aus dem Blick verlieren. Fraglich sei, warum das Postgesetz nicht auch für die Rider:innen gelte. Lieferando liefere nur ca. zehn bis 20 Prozent der Bestellungen selbst aus. Ein Direktanstellungsgebot würde somit nicht die komplette Rider:innenschaft umfassen.

Weitere Diskussion

Postgesetz und weitere Maßnahmen: Es wurde erläutert, dass Speisenslieferungen nach aktueller Rechtslage nicht unter die Postdienstleistungen fallen. Im Postgesetz sei die Bundesnetzagentur für die Zertifizierung der Zuverlässigkeit zuständig. Grundsätzlich wurde das Thema als interessant bewertet, der Fokus soll jedoch vorerst auf einem **Direktanstellungsgebot** liegen. Dafür müsse allerdings belegt werden, dass mildere Mittel – etwa verstärkte Kontrollen – nicht ausreichen. Es wurde angeregt, die gesamtgesellschaftlichen Kosten der Subunternehmensstrukturen stärker zu thematisieren.

Auch die Frage, ob es „gute“ **Subunternehmen** gebe, wurde erörtert. Zwar sei der Großteil problematisch, es gebe jedoch vereinzelt reguläre Strukturen.

EU-Plattformarbeitsrichtlinie: Die deutsche Umsetzung verzögere sich. Neben der Statusfrage und kollektiven Rechten sehe man auch eine Nachunternehmerhaftung im Vorschlag verankert. Der § 3 „Vermittler“ wurde in diesem Zusammenhang diskutiert. Die Teilnehmenden waren sich einig, dass die Umsetzung aktiv begleitet und durch eigene Vorschläge ergänzt werden sollte.

Fazit

Das **Direktanstellungsgebot** wurde als kleinster gemeinsamer Nenner und anzustrebende Maßnahme identifiziert. Ein **Folgetreffen** wurde angeregt. Insgesamt wurde betont, dass die **politische Unterstützung wachse** und Mobilisierungen Erfolge zeigten. So unterstützen auf Initiative der Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung die Arbeits- und Sozialminister:innen der Länder die Forderung mehrheitlich. Zudem habe auch das Bundesarbeitsministerium eine Überprüfung angekündigt. Alles in allem wurde eine positive bisherige Wirkungsbilanz gezogen.

Das Projekt „Joboption Berlin“ wird gefördert aus Mitteln der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung.